

FBP-Postulat an Regierung überwiesen

Übersicht: Landtag will mehr Transparenz bei Sozialhilfe

VADUZ Das Postulat der FBP zur «Überprüfung der Subventionen und Transferleistungen an Private» wurde mit 21 von insgesamt 25 möglichen Stimmen gutgeheissen und an die Regierung überwiesen. Damit wird Mauro Pedrazzini als Minister für Gesellschaft beauftragt, eine Übersicht der staatlichen Sozialleistungen an private Personen zu erstellen. «Es sollen insbesondere die Höhe, die Bemessungsgrundlagen, gegebenenfalls die Abhängigkeit von Einkommen und Vermögen sowie Empfängerkreis, die gesamten Kosten für den Staat und das Missbrauchspotenzial der jeweiligen Leistungen aufgeführt werden», heisst es in der Beschreibung des Postulats. Ziel ist es, einen Leistungskatalog zu erstellen und dadurch Verbesserungspotenzial sowie Überschneidungen zu entdecken, zugleich aber auch Missbrauchsmöglichkeiten aufzudecken.

Grundstein für künftige Anpassungen

Efried Hasler ergriff stellvertretend für die FBP-Fraktion das Wort und erklärte, dass dadurch eine solide Basis für künftige Entscheidungen geschaffen werden könne. Eine Gesamtübersicht der Leistungen solle Wechselwirkungen aufzeigen und dem Landtag einen Gesamteindruck vermitteln. Christoph Beck (VU)

pflichtete ihm bei und gab zu bedenken, dass es staatliche Leistungen regelmässig zu überprüfen gelte. Der Vorstoss könne hierfür ein geeignetes System zur Kontrolle liefern. Mit Herbert Elkuch erntete die FBP auch aus den Reihen der DU-Fraktion zustimmende Worte. Im Gegensatz dazu gab Thomas Lagerder (FL) zu bedenken, dass das Postulat viele Detailfragen



«Die Regierung arbeitet gerne, solange die Arbeit sinnvoll ist.»

MAURO PEDRAZZINI
MINISTER FÜR GESELLSCHAFT

offenliesse und zu breit gefasste Begrifflichkeiten enthalte. Zudem kritisierte Lagerder, dass die «unklare Begründung» den Aufwand für die Regierung nicht rechtfertige. Kritisch äusserte sich auch Thomas Vogt (VU): Es sei fraglich, ob sich eine derartige Aufstellung als nützlich erweise.

Fehlende Koordination

«Die Regierung arbeitet gerne, solange die Arbeit sinnvoll ist», erwiderte Pedrazzini auf die Frage der Freien Liste, was denn die Exekutive vom Postulat halte. So sei die Bearbeitung zwar zeitaufwendig; doch könnten die Ergebnisse aufgrund der derzeit unkoordinierten Vergabe von Sozialleistungen durchaus wertvoll sein. Die VU-Abgeordnete Judith Oehri merkte ausserdem an, dass in diesem Kontext auch Auskünfte über den Informationsaustausch zwischen den Behörden interessant sein könnten. (fms)